

Correspondent

Ersteilt
Mittwoch, Freitag,
Sonntag.
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXI.

Leipzig, Sonntag den 8. Januar 1893.

N^o 4.

Ueber die Bergarbeiter-Bewegung

des Jahres 1892 macht die Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung (das Verbands-Organ) in einem Rückblick folgende Mitteilungen:

Es war ein Jahr schwerer Prüfung für den getreueten Bergmann und Hüttenarbeiter: Lohnfürzungen, Gehingereduktionen, Feiertagslücken, Massenentlassungen, dazu rigorose Behandlung seitens einiger propägetischer Beamten, wirkten mehr als sonst auf die Langmut und Geduld der Lohnsklaven des Bergbau- und Eisenindustriegbietes ein. Gleichwohl mochten sie nicht zu umfangreichen Streiks — was doch eigentlich ihr Zweck sein sollte — herausfordern. Wohl fanden gleich zu Anfang des Jahres kleinere partielle Ausstände statt, doch verliefen diese zumest im Sand. In der flauen Zeit einer noch nie dagewesenen Krisis erwies sich eben die zweischneidige Waffe des Streiks als höchst verhängnisvoll für die Arbeiter. Das sah auch der größte Teil derselben ein und so verlief denn dieses Jahr im großen und ganzen in Deutschland wenigstens ruhig. Die Bergleute wandten sich anderen Aufgaben, welche mehr dem Streben nach einer ruhigen Entwicklung entsprachen, zu.

Hierzu bot sich in erster Linie anlässlich der stattgehabten Knappschaftskassen-Wahlen die beste Gelegenheit. Es wurde seitens der organisierten Bergarbeiter eine rege Agitation und Wertharbeit entfaltet. Das Ergebnis war fast allenthalben gut; es lautete: Sieg beinahe auf der ganzen Linie. Nachdem so bei diesen Wahlen die Bergleute in Deutschland die Kraft ihrer Organisation erprobt hatten, folgte der Beweis einheitlichen Zusammengehens für das gesamte Grubenproletariat der Erde. Der internationale Kongress der Grubenarbeiter zeigte die Einmütigkeit in den Gesinnungen der Kohlengräber der ganzen Weltkugel.

Fast gleichzeitig mit diesem Kongresse wogten in Dürnam die Hochfluten eines Ausstandes. Zwar ging derselbe, wie nicht anders zu erwarten war, zum größten Teile verloren, doch hatte er den Vorteil für die Arbeiterschaft erzielt, daß ein beträchtlicher Teil der im alten Trades Unionismus befangenen Bergleute in die Schlaachtreiben der im Klassenkampf sich befindlichen Proletarier hinüber geführt wurde.

Inzwischen rüstete sich in Deutschland die stärkste Bergarbeiterorganisation zur Generalversammlung und auch hier sollten sich die Propägetungen unserer Gegner schlecht bewahren. Wohl plagten die verschiedenen Ansichten hart aufeinander, dennoch aber schied man, nachdem man durchaus klare und deutliche Aussprache gepflogen hatte, in aller Eintracht von einander. Als wesentlichster Erfolg war die Erweiterung des Verbandseigentums durch Ankauf einer eignen Druckerei zu bezeichnen. Neben diesem materiellen Vorteil aber war besonders bedeutungsvoll der Ausdruck unelgennütiger Solidarität, welcher durch Mithineinbeziehung der Hüttenarbeiter in den bisher ausschließlich den Bergleuten geöffneten Verband herrlich zum Ausdruck gelangte.

So ging es Schritt für Schritt vorwärts, wenn auch langsam, hier und da mit Verlusten. Alles dieses konnte aber die Bewegung nur mehr und mehr vervollkommen. Bei jeder Gelegenheit, wo die Gegner einen Streik gegen die Arbeiterschaft führen wollten, wurde dieser pariert und fast immer zeigte es sich, daß die Bewegung, wenn auch räumlich weniger ausgedehnt, so doch weit intensiver geworden war. Der Nachdruck, mit dem die Agitation entfaltet wird, ist gewichtiger als vormals.

Augenscheinliche Erfolge hatte die Bergarbeiter-Bewegung zu verzeichnen auf dem Gebiete des Konsumvereinswesens. Schon die Generalversammlung im März bewies, daß diese Gründung durchaus keine verfehlte war. Später mußte Schlag auf Schlag eine stetige Erweiterung des Betriebes erfolgen und

heute, nach etwa einunddreißig Jahren, verfügt der Konsumverein rheinisch-westfälischer Bergleute über ein Vermögen, das wegen der Vergünstigungen, die es den Bergleuten schafft, nicht zu unterschätzen ist.

Alles in Allem ist das Jahr 1892, so traurig es in wirtschaftlicher Beziehung auch war, ziemlich ergiebig für die Agitation und fruchtbarend für die tiefgreifende Organisation gewesen. Den Verhältnissen entsprechend können wir mit ihm zufrieden sein. Besonders haben unsere Gegner uns lebhaft unterstützt. Sie haben in reichlichem Maße Gelegenheit dazu gegeben, unsere Agitationsstoffe zu vermehren, und darum haben wir allen Anlaß, ihnen zu danken.

Soweit der Jahresrückblick, der auf den jetzigen Streik noch mit keinem Worte hindeutet. Dieser Streik im Saarrevier umfaßt von 30000 Arbeitern etwa 25000. Der Grund des Ausstandes ist in erster Linie in einer Herabsetzung der Löhne der Bergleute zu suchen. Die Bergleute fordern im wesentlichen die Nichteinführung der Lehrhauerklasse, Verminderung der Schlepperzeit von 6 auf 3 Jahre, Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt für die eigentlichen Bergleute und das Maschinenpersonal, neunstündige Schicht für die übrigen Tagarbeiter, Schichtlohn von 4,50 Mark, Einführung eines Schiedsgerichts, Monatsgedinge, Verbot der Ueber- und Nebenarbeiten, Veränderung der Strafen und einige andere weniger wichtige Bestimmungen. Diese Forderungen sind zum größten Teile schon im 1890er Mai-Ausstand erhoben.

Gewerkevereinsbewegung in Oesterreich.

Prof. H. Hertner in Freiburg i. B. veröffentlicht im Handwörterbuche der Staatswissenschaften einen instruktiven Aufsatz über die gewerkschaftliche Bewegung in Oesterreich, der auch für unsere Leser ein großes Interesse haben wird. Derselbe lautet:

Die Verschiedenheit der Nationalität macht sich begreiflicherweise vielfach als Hindernis für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen Organisation unter den Arbeitern Oesterreichs geltend. Und zwar kommt die nationale Verschiedenheit nicht nur insofern störend in Betracht, als der nationale Kampf in vielen Gegenden alle anderen Interessen auch bei den Arbeitern in den Hintergrund drängt, sondern selbst dort, wo unter dem Einflusse der internationalen Sozialdemokratie die nationalen Gegensätze unterdrückt wurden, erschwert doch schon die Verschiedenheit der Sprache die Verständigung und ein gemeinsames Vorgehen in hohem Grad. Auch die Entwicklung der Fachpresse leidet unter diesen Verhältnissen. Ein nur in deutscher Sprache erscheinendes Blatt vermag dem großen Teile der slavischen Arbeiter, welche in der Organisation sich befinden, nicht zu genügen. So müssen denn selbst für den Arbeiter deselben Gewerbes mehrere Fachblätter in den entsprechenden Sprachen, wenigstens deutsch und böhmisch, herausgegeben werden. Keines dieser Blätter aber vermag dann einen feinen Bestand vollkommen sichernden Leserkreis zu gewinnen. Mag auch der Inhalt der Blätter derselbe sein, so verursachen Uebersetzungen und besonderer Sach doch große Kosten.

In der Regel bedeutet der Unterschied in Bezug auf die Nationalität auch einen Unterschied der Lebenshaltung und Bildung. Der deutsche Arbeiter fühlt sich unter Umständen bei Arbeitsbedingungen schon äußerst unglücklich, die für manchen seiner slavischen oder romanischen Kameraden eine ganz beträchtliche Verbesserung darstellen würde. So kommt es nur zu häufig vor, daß Bestrebungen der im allgemeinen noch die höchste Lebenshaltung besitzenden deutschen Arbeiter durchkreuzt werden von dem Angebote der genügsameren Arbeiter slavischen oder italienischen Ursprunges.

Unter den wirtschaftlichen Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter fällt die Thatfache ins Gewicht, daß die in der Urproduktion thätige Bevölkerung in Oesterreich noch die große Mehrheit bildet. Soweit aber eine gewerbliche Thätigkeit sich vorfindet, wird sie noch größtenteils in der kleingewerblichen und hausindustriellen Betriebsform ausgeübt. Der fabrikmäßige Großbetrieb erweist sich, abgesehen von den größeren Städten, der Hauptfache nach beschränkt auf Nordböhmen, Borsalberg, einzelne Gebiete Mährens und Niederösterreichs. Wenn nun im Kleingewerbe auch durchaus nicht so günstige Zustände herrschen, daß die Arbeiter auf eine besondere Vertretung ihrer Klasseninteressen verzichten könnten, so verhindert doch gerade hier die häufig allerdings trügerische Hoffnung, noch einmal selbständiger Gewerbetreibender zu werden, viele Arbeiter daran, sich an der Fachvereinsbewegung zu beteiligen. In der Hausindustrie aber läßt das Uebermaß wirtschaftlichen und moralischen Elendes, unter welchem die Meister ebenso gut wie die Hilfsarbeiter leiden, eine selbstbewusste und energische Organisation nicht auskommen.

Eine unbestimmte Fassung des österreichischen Vereinsgesetzes stellt ferner die gewerkschaftliche Organisation thatsächlich ganz in das Belieben der Behörden. Wenn der § 6 des Vereinsgesetzes auch nur Vereine, welche nach ihrem Zweck oder ihrer Einrichtung gesetzlich oder

rechtmäßig als Gewerkschaften, sind anerkannt zu haben die Behörden diesen Begriffs meist eine so weitgehende Auslegung gegeben, daß der gewerkschaftsbewegung die rechtlichen Grundlagen entzogen wurden. Nicht ohne Bedeutung ist auch der § 20 des Vereinsgesetzes. Derselbe verbietet Vereinen Beschlüsse zu fassen, durch welche nach Form oder Inhalt der Verein in einem Zweige der Gesetzgebung oder der Exekutivgewalt sich eine Autorität anmasse. Unter Berufung auf diese Bestimmung vermachte die Wiener Behörde den Fachvereinen der Wälder polizeilich zu sistieren, weil derselbe eine statistische Erhebung über die Lage der in Wäldereien beschäftigten Arbeiter unternommen hatte!

Noch gefährlicher werden den Gewerkevereinen die besonderen Bestimmungen, welche in betreff der politischen Vereine erlassen worden sind. Nach § 33 des Vereinsgesetzes ist es politischen Vereinen unterzagt, Zweigvereine (Zirkale) zu gründen, Verbände unter sich zu bilden, oder selbst mit anderen Vereinen, sei es durch schriftlichen Verkehr, sei es durch Abgeordnete, in Verbindung zu treten. Ob aber ein Verein als politischer anzusehen ist, das bleibt dem Ermessen der Behörde überlassen. Streben nun die Arbeiter, wie es ihre Interessen erfordern, nach einer die lokalen Fachvereine zusammenfassenden Organisation, so müssen sie auf das sorgfältigste alles vermeiden, was ihre Thätigkeit in den Augen der Behörden irgendwie zu einer politischen stempeln könnte.

Zwar ist durch das Gesetz vom 7. April 1870 das früher bestandene Koalitionsverbot aufgehoben und nach dieser Hinsicht ein dem reichsdeutschen ähnlicher Rechtszustand herbeigeführt worden. Dennoch dürfte der österreichische Arbeiter auch in diesem Fall ungünstiger gestellt sein als der deutsche. Es steht nämlich den Behörden gegen ausweis- und bestimmungslose Personen ohne erlaubten Erwerb und ohne Einkommen das Recht der Abschiebung in die Heimatsgemeinde zu. Nicht selten wird von dieser Befugnis gegen streitende Arbeiter Gebrauch gemacht. (Siehe Erfasser Bergarbeiterfreist.)

Eine wichtige Veränderung haben die rechtlichen Grundlagen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung erfahren durch das Gesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung vom 15. März 1883. Durch dasselbe werden für die Angehörigen des Kleingewerbes die Genossenschaften obligatorisch gemacht. Innerhalb der Genossenschaft haben sich die selbständigen Gewerbetreibenden als Genossenschaftsversammlung, die

Gehilfen als Gehilfenversammlung zu konstituieren. Die Gehilfenversammlung wählt einen Gehilfenausschuss und ist zur Wahrnehmung und Erörterung der Interessen der zur Genossenschaft gehörigen Gehilfen, soweit die Förderung dieser Interessen den Zwecken der Genossenschaft nicht widerstreitet, befugt. Die genannte Einschränkung unterwirft die Thätigkeit der gesetzlich organisierten Arbeiter freilich wieder dem Ermessen der Behörden. Ueberdies besitzen noch die Arbeitgeber in der Entlassung eine Handhabe, um sich derjenigen Arbeiter, die ihnen etwa im Gehilfenausschuss oder in der Gehilfenversammlung unbequem werden, leicht zu entledigen. Gehilfen, welche durch sechs Wochen außer Arbeit stehen, dürfen nämlich an der Gehilfenversammlung nicht teilnehmen und gehen auch der ihnen etwa anvertrauten Funktionen als Ausschussmitglieder verlustig.

Unter diesen Verhältnissen haben sich die Arbeiter, denen die staatlich oktroyierte Form der gewerkschaftlichen Organisation ohnehin unympathisch war, ursprünglich von jeder Thätigkeit innerhalb der Genossenschaft ferngehalten. Bei dem geringen Spielraume, welchen die Vereinsgesetze den Arbeitern gewähren, hat man aber einsehen gelernt, daß der, wenn auch sehr beschränkte Boden, welchen die Gewerbeordnung für die Gehilfenorganisation einräumt, keineswegs ganz wertlos ist. Vieles haben namentlich die Gehilfenausschüsse eine rege Thätigkeit zur Verbesserung der Lage der Gehilfen unternommen und die Behörden haben im allgemeinen eine neutrale Haltung bewahrt. (Hier darf erwähnt werden, daß die Buchdrucker die ersten waren, die die genossenschaftliche Organisation von diesem Standpunkt aus betrachteten. Einige Zeit deshalb von den anderen Arbeitern verhöhnt, hatten sie bald die Genußthatung, ihr Beispiel später von diesen befolgt zu sehen.) So wird folgende Resolution verständlich, welche ziemlich übereinstimmend mehrere im Jahr 1890 abgehaltene Gewerkschaftstage gefaßt haben:

„Die Zwangsgenossenschaften sind überall auch zur Organisation zu benutzen. Wo eine kräftige Genossenschaft möglich ist oder schon besteht, da darf die Genossenschaft schon darum nicht vernachlässigt werden, weil damit den Gegnern ein möglicherweise sehr gefährlicher Machtposten ausgeliefert würde. Wo die Gewerkschaft aus irgendwelchen Gründen noch nicht vorhanden ist, da muß die Zwangsgenossenschaft benutzt werden, um sie teilweise zu erzeugen. Innerhalb der Genossenschaft sind möglichst dieselben Ziele zu verfolgen, die die Gewerkschaft hat. Insbesondere sind folgende Vorteile der Genossenschaft kräftig auszunutzen:

1. Der Umstand, daß in ihr von Gesetzeswegen sämtliche Arbeiter vereinigt sind, nicht wie meist in den Gewerkschaften nur die klarer Denkenden und Energiischeren. Es wird also dort schon eine Wirkung in die Breite möglich.

2. Ist der Gehilfenausschuss eine offiziell anerkannte Behörde, welcher eine Reihe von Verhandlungen und Verfügungen ohne weiteres anvertraut werden.

Auf die Zusammensetzung des Gehilfenausschusses aus zielbewussten Genossen ist darum in erster Linie und überall hinzuwirken. Derselbe wird dann die ihm von der Gewerbeordnung eingeräumten Befugnisse im Sinne der wahren Interessen der Arbeiterklasse ausnützen. Vor allem wird er überall die Arbeitsvermittlung, die Regelung des Lehrlingswesens und die Herstellung einer Statistik in die Hand nehmen.“

Zwei von der Regierung am 17. Juni 1891 eingebrachte Vorlagen („Gesetz betreffend die Einführung von Einrichtungen zur Förderung des Einvernehmens zwischen den Gewerksunternehmern und ihren Arbeitern“ und „Gesetz betreffend die Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau“) beabsichtigen die bei der staatlichen Organisation des Kleinergewerbes zum Ausdruck gelangten Grundgedanken auf Großindustrie und Bergbau zu erstrecken. Wenn auch nicht bezweifelt werden kann, daß diese Vorlagen im Fall ihrer Annahme auf die Entwicklung des österreichischen Gewerkschaftswesens einen hervorragenden Einfluß nehmen müssen, so läßt sich doch nicht ohne weiteres bestimmen, ob derselbe ein förderlicher oder hemmender sein wird.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

H. Leipzig. Die hiesige Ortskrankenkasse machte seinerzeit, wie den meisten Lesern noch erinnernlich sein dürfte, von dem durch Gerichtsentscheid den Ortskrankenkassen zugestandenem Nachprüfungsrechte der Statuten den ausgiebigsten Gebrauch und der größte Teil der Mitglieder der freien Hilfskassen, worunter auch die der F. K. K. des Unterstützungsvereins, wurde binnen wenigen Wochen gezwungen, in die Ortskrankenkasse zu treten, weil an dem oder jenen Paragrafen etwas auszusetzen war. Gewissermaßen durch einen Federstrich wurde die Leipziger Ortskrankenkasse die größte im ganzen deutschen Reich und gleichzeitig das Spiegelbild der hiesigen industriellen Bevölkerung, wodurch die jährlichen Abschüsse und Geschäftsberichte einen jedenfalls nicht zu unterschätzenden Wert für

Sozialpolitiker erhalten dürften, welche sich mit dem Wohl und Wehe der werktätigen Bevölkerung u. dergl. m. beschäftigen. Auch als Zeichen der Zeit dürften den Lesern des Corr. einige Mitteilungen aus dem vorläufigen Geschäftsberichte beregter Kasse auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober 1892 willkommen sein und vielleicht manchem Gelegenheit geben, sich für die Folge eingehender mit dieser Frage zu beschäftigen. Die Mitgliederzahl der Kasse stieg, trotzdem im vergangenen Jahr infolge der neuen Krankentafel-novelle sich eine ganze Anzahl von freien Hilfskassen auflöste, gegen das Vorjahr nur um 269 (von 81543 auf 81812) und während die männlichen Mitglieder von 63183 auf 62568 zurückgingen, sich also um 615 verminderten, stiegen im gleichen Zeitraum die weiblichen Mitglieder von 18360 auf 19244, also um 884! — Diese Zahlen werfen ein Licht auf die wirtschaftlichen Zustände, in denen wir uns befinden und die sich immer toller entwickeln. So wie hier und vielleicht noch zahlreicher dürfte es in anderen Bezirken ausbleiben. Wo sind die männlichen Arbeiter hin? Was ist der Grund ihres relativen Abnehmens und wie ist dem abzuhelfen? Nach meiner Ansicht war der erste Anlaß die infolge von Leberproduktion schon vor Jahren eingetretene wirtschaftliche Krise und die von verschiedenen Unternehmern entrierten Lohnreduktionen. Durch die nebenbei im Preise so hoch steigenden Lebensmittel wurde die Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter auf das geringste herabgedrückt und die Krise dadurch noch verschärft. In hunderten von Branchen wurden männliche Arbeiter entlassen und durch billigere weibliche ersetzt. In meinem beschränkten Wirkungskreise kenne ich verschiedene Familien, welche schon geraume Zeit auf den kärglichen Verdienst der Frau angewiesen sind und da frühere Ersparnisse längst ausgezehrt, mit den allernotwendigsten Lebensbedürfnissen zurecht kommen müssen. Daß unter solchen Verhältnissen die Krankentafel auch stark in Mitleiden-schaft gezogen wird, ist für jeden leicht erklärlich. Die hiesigen Arbeitgeber wollten dem Defizit bei der Krankentafel durch Einführung einer dreitägigen Karenzzeit steuern und dadurch zugleich die sog. Simulanten vernichten, stießen aber bekanntlich bei den Arbeitnehmern und der Aufsichtsbehörde auf Widerspruch. Nach meinem Dafürhalten würden die Verhältnisse der Krankentafel sich sofort bessern, wenn jedermann Arbeitsgelegenheit, das Recht auf Arbeit geboten würde. Bei dem sich immer mehr vervollkommnenden Maschinenwesen ist dies aber nicht anders möglich als durch bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit und gerade die Herren Buchdruckerbesitzer und Buchhändler halte ich in ihrem eigenen Interesse am ehesten be-rufen, dieser Frage ernstlich näher zu treten. Einzelne hatten ja bei der letzten Bewegung die Gehilfenfor-derungen als den Zeitverhältnissen entsprechend rückhaltslos anerkannt, aber bei ruhigem Ueberlegen kommt mit der Zeit vielleicht noch mancher zu der Ueberzeugung, daß Bücher und Zeitungen bis zu einem gewissen Grade Luxusartikel sind und manch ber-artiger Artikel auf Lager bleibt, solange beim größten Teile der Bevölkerung das Einkommen kaum zu den allernotwendigsten Bedürfnissen ausreicht. Welche Ge-fahr droht allein für das neue Jahr durch die immer noch nicht ganz erloschene Cholera. Welchen fruchtbarsten Boden kann dieselbe bei der durch Arbeitslosigkeit und Entbehrung so sehr degenerierten Bevölkerung finden. Würden unsere Arbeitgeber hier mit gutem Beispiele vorangehen, dieselbe würde schwerlich ohne Einfluß auf andere Branchen bleiben und bei einer allmählichen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wären die Buchdrucker gewiß nicht die letzten, welche Vorteil davon hätten.

Gn. Paris. Der Geschäftsgang im Buchdrucker-gewerbe hat sich augenblicklich im Vergleiche zu der beispiellosen Bläue während der letzten sechs Monate gehoben. Die Kammerverhandlungen, etliche neue Zeitungen u. a. m. haben die feiernden Kollegen etwas vermindert. Dagegen mehren sich allerorts die Klagen über ungeheure Herabdrückungen der Druckpreise; von vielen derartigen Vorkommnissen aus jüngerer Zeit sei hier nur eines erwähnt: für eine belangreiche Arbeit schwankten die Preisangebote zwischen 42 und 15 Cts. für das Exemplar, für welche letzteren Preis ein großes Pariser Haus willig war! Die Prinzipale bejammern sich gegenseitig über diesen maßlosen Werteverb. Jeder sieht nur nach sich selbst — meinte kürzlich einer von ihnen sehr treffend — und jagt Geschäftsaufträgen nach mit dem Revolver in der Faust. Die Konkurrenz schnappt über und das Ende vom Lied ist der Sturz.“ Das kommt freilich auch vor; vorläufig sucht die Prinzipalität in Gründung von Gewerkschaften für sich ihr Heil. In Frankreich und Algerien gibt es jetzt deren achtzehn, wovon an Mitgliederzahl und Einrichtungenweisen Paris, Lyon, Marseille und Bordeaux die mächtigsten sind. Der Handelsminister hat ihnen dieser Tage einen Fragebogen über Lohnsätze und tägliche Arbeitsdauer überliefert. Alle entfallen in Wahrheit ihrer Interessen eine rührige Thätigkeit. Eht zünftiger führte das Syndikat der Deux-Savoies die regierungsförmig abgefaßten Arbeitsbücher in Form von Zeugnissen,

Bestallungsbriefen u. dgl. wieder ein. Am unermüdlichen wirkt aber ohne Zweifel das Pariser Syndikat: es fordert für das Buchdruckergewerbe zur Ausübung des Gesetzes der Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken gewisse Vergünstigungen, wie sie anderen Industriezweigen zuerkannt werden sollen. (Dieses Gesetz [siehe Rundschau] trat endlich nach zehnjährigen Beratungen und dudenmaligen Reisen vom Senate nach der Abgeordnetenkammer am 1. Januar d. J. in kraft.) Den unablässigen Anzapfungen dieses Syndikats ist es auch zumest zu verdanken, daß die Polizeibehörde die Wahl von zwei Arbeiter-Einigungsschöffen, von denen einer Buchdrucker ist, Mitte Juni v. J. für nichtig erklärt hat. Die abgelehnten Einigungsmänner hatten seinerzeit sofort beim Staatsrate Beschwerde geführt, freilich bis heute ohne Erfolg. — Fern von den Zentren dieser Fivillisation zieht man noch die „Unabhängigkeit“ dem Syndikatsjoch vor. Am Rande des Frankentereiches, im Städtchen Morlaix des Dep. Finistère, beglückte ein Prinzipal aus eigenem Antriebe sein Arbeitspersonal mit dem Achtstundentage, sehr zeitgemäß nur während der Wintermonate, um Beleuchtungs-kosten zu ersparen, kürzte aber zugleich dementsprechend den Tageslohn, der im Höchstfalle sage und schreibe zwei Franken betrug. Der Verlust von 40 Cts. täglich behagte natürlich dem Personale nicht, es forderte das alte Verhältnis und drohte Arbeitniederlegung an. Fünf Mann wurden brotlos und sind, da sie bisher jedweder Vereinigung sich abhold gezeigt hatten — aus Freiheitliebe! — jeder Unterstützung bar. Von diesem Unabhängigkeitsgefühl wurden wahrcheinlich neuerdings auch die Kollegen in Saint-Lö und in Saint-Omer gepackt, die die Vereinskasse unter sich teilten. — Anders denken jetzt darüber die Gehilfen in der Hauptstadt. Die Meinungen über eine Annäherung der beiden Syndikate klären sich von Tag zu Tag und berechtigen zu der Annahme, daß die verbliche Feindschaft nunmehr am längsten gewährt hat. Mit 526 gegen nur 25 Stimmen befanden die Anhänger des Syndikats der Rue de Valenciennes ihre Beitragsverpflichtung zu den Kosten etwaiger Ausstände innerhalb des Verbandes. Auch hat das Syndikatsblatt Le Maitre sein Erscheinen vorläufig eingestellt. Böse Zungen behaupten zwar, daß es nur noch sechs Abonnenten hatte, wovon fünf abgeprungen seien! Immerhin liegt in diesem geschickten Verfahren eine Anerkennung der Macht des Verbandes und die nun unumgänglichen Beziehungen zu dessen Vorstand, den ja ausnahmslos Mitglieder des alten Gehilfenvereins bilden, werden dem gegenseitigen Einvernehmen unschreit die Wege ebnen. Aber bis zum Endziele einer vollkommenen Verschmelzung wird noch manch Hindernis zu überwinden sein, vor allem die Geldfrage. Die Anhänger der Rue de Valenciennes erfreuen sich fast sämtlich guter Stellungen; seltene Gelegenheiten zu Ausgaben erlaubten ihnen die Ansammlung eines Vermögens von etwa 12000 Fr., das sie als erwiesenermaßen firme Rechner nicht so leicht aus den Händen geben, wie sie ja auch die übrigen Verbands-lasten nicht mittragen wollen, sich dagegen die Unterstützung des Verbandes bei Streikfällen im eignen Lager sichern! Die eigennützigke Rechnungart verschleierte zweifellos den neulich in ihrer allgemeinen Zusammenkunft gefassten Beschluß, über die Verschmelzung nicht eher abzustimmen, bis die Auflösung des „Cirkels“ (einer seinerzeit vom Kollegen Alémane unter Buchdruckern gegründeten politischen Vereinigung) stattgefunden hat. Das ist eitel Plunkerei, denn niemand dürfte doch in seinem politischen Lebens-bekanntnisse, das sich außerhalb des Gewerkschaftsrahmens öffentlich unter beidseitiger Aussicht betätigt, behindert werden! Das Beispiel einer verständlichen Stimmung unter den Pariser Sägern hat glücklicherweise auf die hiesigen Maschinenmeister, die seit Jahr und Tag in zwei Vereinen ebenfalls sich gegenseitig zu befeinden beliebten, ansetzend gewirkt: eine allgemeine Versammlung soll die Grundlagen zum Zusammenschluß aufstellen. — Die Paros unter den Buchdruckern sind die Patetseger. Der Kollege Marechal hat sich seit Jahr und Tag unermüdlich bestrebt, die für den Zeitungs-lag so vorteilhaft gefundene Kommandite-Einrichtung auch auf den Verlag zu übertragen. In Fachzeitungen hat er deren Ausführbarkeit unläßig dar-gelegt und so zur Lösung einer seit Mitte der sechziger Jahre offenen Frage beigetragen. Aber der schon seit jener Zeit entgegengesetzte Widerstand scheint unüberwindlich. Hauptächlich sträubt sich der Eigennutz der wohlbestallten Metteurs aus spekulativen Beweggründen dagegen, in zweiter Linie frommt es den Prinzipalen, stets über eine ansehnliche Zahl von Seperbänden verfügen zu können, die nach Gefallen ein im Schnell-schuh ausgegebenes Werk bewältigen. Darin ist besonders eines der bedeutendsten Häuser, Lagure in Paris, berüchtigt, das neben seinen über vierhundert ständigen Sägern ein halbes Hundert beschäftigungslos herumhocken läßt. Als nun neulich ein großes Schwaben-feuert einen Teil der Baustätten und Einrichtungen dieser Druckerei zerstörte, da suchte man sofort aber ohne Erfolg auch unter diesen den böswilligen Brandstifter. Auch überhäufte ein Buchdruckerabschlatt so-

gleich die Vereinsmitglieder mit Verdächtigungen, als man eines Morgens in dem Segerfaale der Zeitung des XIX. Siècle die Schulblenden der Mettenre und Seger erbrochen, das Manuskript zertrümmert, den guten Sag in Zwiebelstücken, Meißstie, Scheren und das Rechnungsbuch verschwunden fand; die angestellten Untersuchungen blieben indessen ergebnislos. — Der oben genannte Zirkel (Cercle typ. d'études sociales), wie gern er auch die Verbrüderung herbeiwünscht, hat sich dennoch gegen das Anfechten, sich aufzulösen, verwahrt und erklärt, daß solche Bedingung ein Aufgeben der persönlichen politischen Denkfreiheit in sich schließt. Um das Wollen dieses Zirkels näher zu würdigen, sei hier im Auszuge sein Wahlaufschuß mitgeteilt, den er herausgegeben bei Gelegenheit der jetzt stattfindenden Neuwahlen des Verbandsvorstandes der französischen Bucharbeiter, wozu der Zirkel acht seiner Mitglieder als Kandidaten (darunter den ehemaligen Vertreter des U. B. D. B. auf dem internationalen Buchdruckerkongress 1889 in Paris, P. Trapp) aufstellt. Es heißt in dem Auftrufe: „Der Zirkel beabsichtigt keineswegs in die Wahlhandlung einzugreifen; aber er hält sich verpflichtet, indem er eine besondere Namensliste unterbreitet, die Ansichten und die Richtschnur, die die von ihm empfohlenen Kandidaten verfechten werden, zur nähern Kenntnis zu bringen. Seit einigen Jahren hat die Zahl der Verbandsektionen beträchtlich zugenommen, die seiner Mitglieder dagegen abgenommen; früher gab es deren 6000 mit nahezu 100 Sektionen, jetzt nur noch 5000 mit 130 Sektionen. Das ist eine grobe Tatsache. Diese fortgesetzte Verminderung der Mitgliederanzahl birgt eine Gefahr in sich, die abgewendet werden muß. Man hatte die Kaufbahn zu begrenzen vorgeschrieben; wir sind nun der Meinung, daß ein Vorstoß in das sozialpolitische Gebiet notwendig sei, um die Geister zu ermuntern. Wir sind 5000, wo wir doch 25000 sein sollten! Der Verband hat sich bis heutzutage ausschließlich auf dem gewerkschaftlichen Felde bewegt, zu sehr eingeschränkt, nicht genügend Fühlung mit den anderen Arbeitervereinigungen gehabt — mit einem Wort: er hat sich allzu abseits von der großen verbrüdernden Arbeiterbewegung gehalten. Daher stammt bei den meisten unserer Kollegen die Abneigung gegen jede Vereinigung, eine Gleichgültigkeit, die, wenn man nicht acht gibt, den Verfall des ganzen Verbandes herbeiführen könnte. Der Verband darf nicht mehr einzig und allein gewerkschaftlich sein, er muß arbeitersozialistisch werden, er muß seine Interessen mit denen der gesamten Arbeiterschaft verbinden. Also vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus empfehlen wir unsere Kandidaten, die im Sinne ihrer Erwählung auf Grundlage des allgemeinen Arbeiterprogramms zu wirken bestrahlt sind; sie werden für folgende Punkte eintreten: Freies und offenes Bestehen des Verbandes als international, eines so vollkommen als möglich solidarische Verbindung mit allen Arbeiterorganisationen, für den Achttundenarbeitstag, den wöchentlichen Ruhetag, die Verallgemeinerung des Arbeitens in Kommandante, Abschaffung des Affordsystems, Regelung — in Erwartung von besserer — der Frauenarbeit, thätkräftige Aufrechterhaltung des Verbotes der Nachtarbeit für weibliche Personen und Kinder nicht allein in den Druckereien, wofür die Prinzipalschaft eine Ausnahme verlangt, die die Wirkung des ganzen Gesetzes in Frage stellt, sondern auch in sämtlichen Werkstätten und Fabrikbetrieben, Beschäftigung des Lehrlings, die Pflicht, ihn zu unterrichten und das Verbot, ihn auszubilden, endlich die Einreihung sämtlicher Arbeiter des Buchgewerbes unter die Fahne des Verbandes. Das ist in großen Zügen die Haltung unserer Kandidaten. Nun wählet!“

Kundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Der Reichsbote (Berlin) hat sich eine eigne Druckerei zugelegt — das macht er an der Spitze des Blattes im Stile der Reichsgottesdrucker in Emden folgendermaßen bekannt: „Unsere Lesern können wir mit Dank gegen unsern gnädigen Gott, dem wir dienen, die freudige Mitteilung machen, daß es uns unter seinem Segen gelungen ist, für den Reichsboten in bester Stadtgegend — Dessauerstraße 37 — ohne jede fremde Hilfe oder Unterstützung ein eigenes Heim zu erwerben und auf eigenem Grundstück eine in allen Teilen völlig neue Druckerei mit neuen Maschinen und Schriften zu errichten, welche mit heutigem Tag in Betrieb gesetzt ist. Möge Gottes Segen auch fernerhin auf unsrer Arbeit ruhen. — Da wir auch andere Sachen drucken, so bitten wir unsere verehrten Leser, uns im gegebenen Falle mit Druckaufträgen versehen zu wollen, die stets prompt, gut und zu soliden Preisen ausgeführt werden. Die Redaktion.“ — Nun, jeder nach seiner Art. Möge der Reichsbote, wie er es, wenn wir nicht irren, seither gethan, auch in der eigenen Doffin seinen Arbeitern den tarifmäßig verdienten Lohn stets zu teil werden lassen.

Kalender. Die Buchdruckerei von Maurer & Dimmid in Berlin verehrt ihren sich vorzüglich aus

der Arbeiterchaft rekrutierenden Kunden einen elegant gelegten und gedruckten Wandkalender, in dessen Herzen die edle Göttin der Freiheit Abbildung gefunden. Das Arrangement ist aufs glücklichste gewählt. — Mit einer außerordentlichen Leistung der gleichen Art überreicht auch die Westerbuchdruckerei-Aktien-Gesellschaft alljährlich ihre Geschäftsfreunde. Diesmal kommt uns das Haus „lithographisch“, wie es sagt, mit dem ersten größten Produkt dieser Abteilung. Aber letztere kann sich damit wirklich sehen lassen. Das Tableau stellt Tien und Pest dar, in seinen oberen bzw. Seiten-Partien wird die „Musik“ auf geschmackvolle und vielfältige Weise symbolisiert, jedenfalls am anzudeuten, daß die Firma auch den Notendruck pflegt.

Die Leipziger Illustrierte Zeitung feierte zu Neujahr ihr 50-jähriges Bestehen.

In Bremen wird am Sonntage den 15. d. M. das 50-jährige Buchdruckerjubiläum des Kollegen Adolf Knick auf dem Schippenhose festlich begangen. Er ist 1827 in Berlin geboren und bereits seit mehr als 20 Jahren in Bremen.

Die Buchdrucker in Schweden streben höhere Löhne an. In den nördlich von Stockholm gelegenen Städten haben die Prinzipale die Forderungen bewilligt.

Kürzlich ist in London die reichhaltige Bücher- und Handschriftenammlung des Grafen Louis Apponyi veräußert worden. Das Manuskript der lateinischen Geographie von Ptolomäus, nach dem im Jahr 1478 eine Ausgabe veröffentlicht worden ist, erzielte die ansehnliche Summe von 9000 Mark, eine im 16. Jahrhundert gedruckte Ausgabe derselben Geographie, enthaltend die erste gedruckte Karte von Amerika, wurde für 1800 Mark losgeschlagen; die Biblia germanica (fünfte deutsche Bibel) ergab 880 M., die Göttliche Komödie von 1481 820 Mark, Gratiani Decretum in zwei Bänden 800 Mark. Der Herzog Hamilton verkaufte seinerzeit ein tadelloses Exemplar der Göttlichen Komödie für 7000 Mark!

Verurteilt der Redakteur des Volksblattes in Halle a. S. zu einem Monate Gefängnis. Das Blatt berichtete über einen Unfall im Kaiserhof, ohne daß der Redakteur den Beweis der Wahrheit für die behaupteten Thatsachen erbringen konnte. Das Urteil fand in dem fraglichen Artikel die Tendenz, die militärischen Einrichtungen herabzusetzen und eine gewisse Erregung beim Militär und gegen dasselbe hervorzuheben.

Industrie und Gewerbe.

Dem Berichte der Verwaltung der preussischen Staatsbergwerke, Hütten und Salinen während des Jahres 1891/92 entnehmen wir folgende Angaben: An Steinkohlen wurden gefördert 10935294 T. im Werte von 97 002 620 Mark bei 45 472 Arbeitern. Gegen das Vorjahr hat der Wert der Förderung trotz ihrer Steigerung um 344 313 T. oder 3,25 vom Hundert doch um 384 397 Mark oder 0,39 vom Hundert abgenommen. Der Durchschnittswert einer Tonne Steinkohle sank von 9,19 Mark auf 8,87 Mark oder um 3,5 vom Hundert. Die Braunkohlen-Bergwerke förderten 429 551 T. im Werte von 1 380 797 Mark bei 793 Arbeitern. Gegen das Vorjahr ist der Menge nach eine Abnahme von 0,16 vom Hundert, dem Werte nach eine Zunahme von 1,43 vom Hundert zu verzeichnen. An Eisenerzen wurden gewonnen 108 094 T. im Werte von 840 893 Mark bei 828 Arbeitern. Die Förderung ist um 3,03 vom Hundert, ihr Wert um 13,82 vom Hundert gegen das Vorjahr zurückgegangen. Die fünf übrigen Erzbergwerke hatten an Zint-, Blei-, Kupfer- und Silbererzen sowie an Schmelzschlacken usw. eine Gesamtförderung von 78 213 T. im Werte von 6 969 085 Mark bei 4323 Arbeitern. Die Förderung hat ihrer Menge nach eine Zunahme von 1,53 vom Hundert, dem Werte nach eine Abnahme von 7,00 vom Hundert erfahren. Durch den Salzbergbau des Staates wurden gewonnen an Steinsalz 93 859 T. im Werte von 483 933 Mark, an Kalisalzen usw. 256 624 T. im Werte von 3 389 383 Mark, zusammen 350 483 T. im Werte von 3 873 316 Mark. Im Vergleiche zum Vorjahr ist die Förderung der Menge nach um 5,95 vom Hundert und dem Werte nach um 11,56 vom Hundert gestiegen. Die im Berichtsjahre gefördertene Steine und Erden hatten einen Gesamtwert von 2 315 576 Mark gegen 3 370 263 Mark im Vorjahre. Die sechs Salinen des Staates stellten mit 916 Arbeitern 1 195 773 T. Steinsalz im Werte von 3 070 898 Mark dar. Der Durchschnittswert einer Tonne Steinsalz ist von 25,82 Mark auf 25,68 Mark gesunken. Die gesamten Erzeugnisse des Hüttenbetriebes hatten einen Wert von 20 703 933 Mark gegen 23 414 841 Mark im Vorjahre. Die Belegschaft verminderte sich um 3,31 vom Hundert. Die Gesamtproduktion der Bergwerke, Hütten und Salinen erreichte die Mengen von 12 117 986 T., 59 774,65 kg und 379 250 cbm und war um 3,09 vom Hundert höher als im Vorjahre. Ihr Gesamtwert stellte sich auf 136 156 818 Mark oder 2,36 vom Hundert niedriger als im Vorjahre. Der Werksbetrieb ergab im ganzen einen rechnermäßigen Ueberschuß von 17 112 635 Mark, das ist 7351 748 Mark weniger als im Vorjahre und

1951364 Mark weniger als der Vorschlag im Etat. Nach den Abgabenschriften verteilt sich die Abgabemenge für das Berichtsjahr in folgender Weise: im preussischen Inlande 1 417 388, nach Süddeutschland 1 746 229, nach Elsaß-Lothringen 1 057 514, nach Luxemburg 33 845, nach Frankreich 231 198, nach Italien 7555, nach Oesterreich 6760, nach der Schweiz 399 415 Tonnen. Auf der fiskalischen Königsgruben in Oberberleichen wurden am 1. Januar sämtliche Grubenarbeiterinnen entlassen und durch männliche Arbeitskräfte ersetzt.

Auf der Gashütte in Westerbuchen wurden die Löhne um 25 bis 35 Pfennig für 100 Stück gekürzt.

Dem in Hainichen geborenen, jetzt in Krippen bei Dresden wohnhaften Mechanikus Friedrich Gottlob Keller übermittelten die deutschen Holzpapierfabrikanten eine Ehrengabe von 12 000 Mark in Anerkennung seiner Verdienste als Begründer unserer jetzigen Papier- und Holzstoff-Fabrikation.

Das französische Gesetz über die Fabrikarbeit der Frauen und Kinder ist mit Beginn des neuen Jahres in Kraft getreten. Nach den Bestimmungen desselben sind Kinder erst nach vollendetem 13. Lebensjahre, bzw. wenn sie ein Zeugnis absolvierter Volksschulunterrichts besitzen, zum vollendeten zwölften Lebensjahre an zur Arbeit in der Fabrik oder Werkstatt zugelassen, doch Kinder unter sechzehn Jahren nur bis zur Höchstdauer von zehn Stunden täglich. Junge Leute zwischen sechzehn und achtzehn Jahren dürfen nicht länger als sechzig Stunden wöchentlich, nicht über elf Stunden täglich, zu effektiver Arbeit herangezogen werden. Für Mädchen über achtzehn Jahre und für Frauen beträgt die Maximalarbeitszeit elf Stunden täglich. Die Arbeitszeit wird durch eine oder mehrere Pausen im Gesamtbetrage von mindestens einer Stunde unterbrochen, während welcher jede Arbeit unterlagert ist. Junge Leute von achtzehn Jahren, Frauen und minderjährige Mädchen dürfen zu keinerlei Nachtarbeit herangezogen werden, abgenommen gewisse, im Verordnungswege näher zu präzisierende Fälle, für welche eine zeitweise oder gänzliche Ausfertigung dieser Bestimmung Platz greifen darf. Wenn infolge Unfalles oder höherer Gewalt die Arbeit hat eingestellt werden müssen, so kann in jedem dadurch betroffenen Industriezweige das Verbot der Nachtarbeit vorübergehend außer Kraft gesetzt werden. Junge Leute unter achtzehn Jahren und Frauen ohne Unterschied des Alters dürfen nicht mehr als sechs Tage in der Woche, ferner nicht an den gesetzlichen Feiertagen zur Fabrikarbeit herangezogen werden, auch nicht, wenn es sich bloß um Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten in der Fabrik oder Werkstatt handelt. Kinder beider Geschlechter unter dreizehn Jahren dürfen weder in Theatern noch in ständigen Konzert-Etablissements beschäftigt werden, außer dort, wo sie nur in ihrer Eigenschaft als Familienglieder unter elterlicher oder vormündlicher Aufsicht verwendet werden, und auch dann nur unter der Bedingung, daß nicht mit Benutzung von Dampfkraft oder mechanischen Motoren gearbeitet wird. Frauen und Mädchen sind endlich von der unterirdischen Arbeit in Bergwerken, Steinbrüchen usw. ausgeschlossen. Weitere Bestimmungen des Gesetzes handeln von der Fabrikhygiene, von der Inspektion und den Straffestsetzungen.

In Rußland hat der Kaiser die unverzügliche Znangriffnahme verschiedener Straßen- und Eisenbahnbauten angeordnet, um der notleidenden Bevölkerung Erwerb zuzuführen.

Verline, Kassen usw.

Die Allgemeine Deutsche Zuschuß-Kranken- und Sterbekasse, die in Mainz ihren Sitz hat, hielt am 2. Januar ihre konstituierende Generalversammlung ab; 33 Filialen waren durch 20 Delegierte vertreten. Der Statutenentwurf setzt drei Klassen fest mit Wochenbeiträgen von 20, 25 und 35 Pf. bei einer Krankentrente von 6, 9 und 12 Mark für die Woche. Das Sterbegeld beträgt 40, 50 und 60 Mark. Obligatorisch mit dieser Kasse in eine Frauensterbekasse errichtet, für die bei jedem Sterbefalle 10 Pfennig Beitrag erhoben werden. Als geschäftsführender Vorsitzender wurde Joseph Medreich und zum Hauptkassierer Jakob Huber, beide in Mainz, gewählt.

Der Verband deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten zählt angeblich über 5000 Mitglieder. Das Vereinsorgan, das gegen 6000 Abonnenten hat, erscheint jetzt zwei Mal im Monate, bisher ein Mal. Danach scheint die Rahrgelung von Verbandsmitgliedern, von der man übrigens in letzter Zeit nichts mehr gehört hat, wie in allen solchen Fällen, das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes zur Folge gehabt zu haben.

Arbeiterbewegung.

Der Berliner Arbeitervertreterverein schlägt bezüglich der Wahl von sieben Ersatzmännern für die nicht-ständigen Mitglieder des Reichs-Verständigungsamtes nachbenannte Kandidaten vor: Hr. 274. Karl Gutheil, Schloffer, Berlin. Nr. 18. W. Frede, Knappschafts-Alteiler, Dortmund. Nr. 1005. Friedrich Stügelmeier, Tischler, Berlin. Nr. 271. Emil Niemann, Dreher, Chemnitz. Nr. 1735. Gregor Wirtmann,

